

Strompreise: Frankreich will aus dem Merit-order-System aussteigen

geschrieben von Admin | 20. Januar 2023

Edgar L. Gärtner

Das liberale französische Wochenmagazin „Le Point“ hat am 12. Januar eine (nicht unerwartete) Indiskretion aus dem Pariser Wirtschafts- und Finanzministerium weitergereicht. Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire will sich, wie verlautet, offenbar in der kommenden Woche auf der großen deutsch-französischen Ministerkonferenz anlässlich des 60. Jahrestages des am 22. Januar 1963 zwischen Charles de Gaulle und Konrad Adenauer abgeschlossenen Elysée-Vertrages über die deutsch-französische Freundschaft für die Entkoppelung der Strom- und Gaspreise in der EU stark machen. Zurzeit bestimmen im Rahmen des so genannten Merit-Order-Systems die am teuersten produzierenden Kraftwerke (das sind die Gasturbinen) den Strompreis. Den Franzosen wird es dadurch verwehrt, von preisgünstigem Strom aus abgeschriebenen Kernkraftwerken und den zahlreichen alpinen Stauseen zu profitieren. Obendrein ist das nationale Strom-Monopol EDF gesetzlich gezwungen, ein Viertel seines Stroms zum Spottpreis von 42 Euro je Megawattstunde an alternative Anbieter abzugeben, während es bei Strom-Knappheit teuren Gas- und Kohlestrom aus Deutschland importieren musste. EDF ging deshalb der Pleite entgegen und wurde so „reif“ für die inzwischen vollzogene Verstaatlichung.

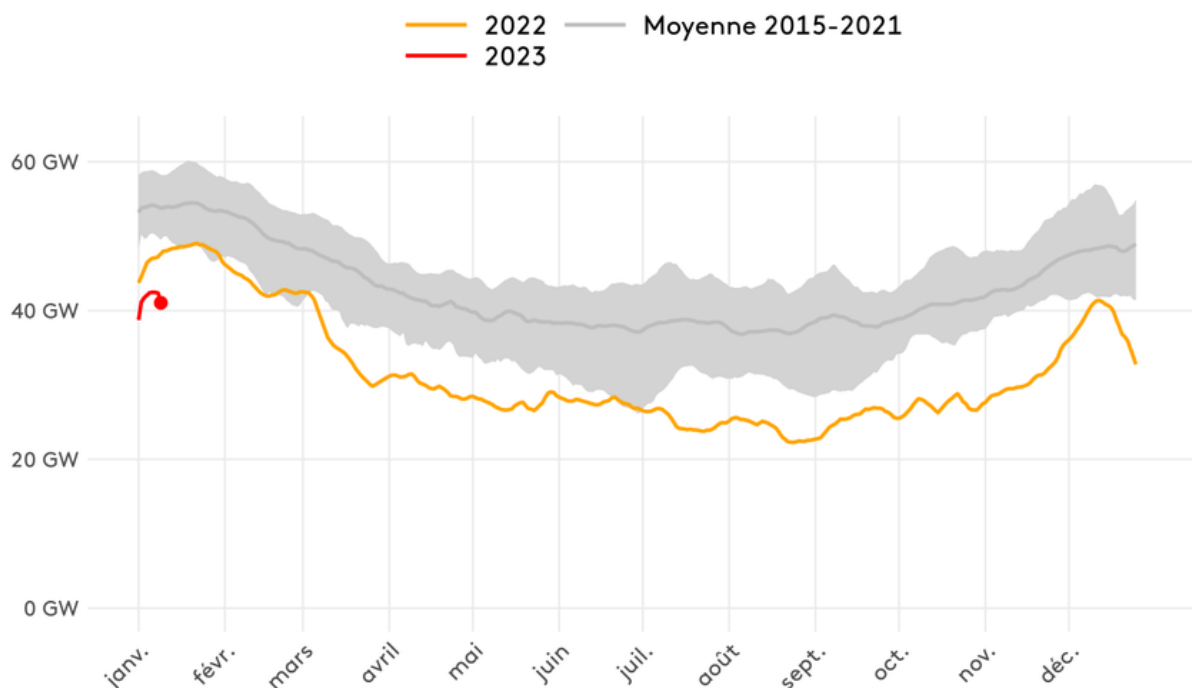
Zwar schlägt die Verteuerung der Elektrizität infolge des von der Berliner Regierung durchgedrückten Preisbildungsmechanismus auf dem europäischen Elektrizitätsmarkt dank des vom französischen Staat mit hohen Milliardenbeträgen subventionierten „Bouclier tarifaire“ bislang noch kaum bis zu den Privathaushalten durch. Doch geraten immer mehr kleine und mittlere Unternehmen wie vor allem Tausende von Bäckereien, Metzgereien, Salons de Coiffure usw., deren Strombedarf oberhalb des für die staatliche Strompreis-Garantie geltenden Grenzwertes liegt, durch die Multiplikation ihrer Stromrechnungen um den Faktor 10 bis 20 in akute Existenznot. Das erzeugt beim einfachen Volk viel Unmut gegen das als „kafkaesk“ eingeschätzte Merit-order-System der EU. Staatspräsident Emmanuel Macron, der in der französischen Nationalversammlung keine Mehrheit mehr hat, muss dem Rechnung tragen, obwohl er sich nach außen zur „Energiewende“ nach deutschem Vorbild bekennt. Gerade erhielt im Parlament ein von der Macron-Partei „Renaissance“ eingebrachter Gesetzesvorschlag für die Erleichterung der Errichtung von Off- und On-shore-Windparks nach der ersten Lesung eine knappe Mehrheit. Was zeigt, dass nicht nur Macrons Leute der Illusion „Net Zero“ durch die planmäßige Verteuerung der Energie anhängen. Nun werden sie durch die Zuspitzung der Energiepreiskrise und des entsprechenden Drucks der öffentlichen Meinung gezwungen, sich wieder auf die Vorzüge der Kernkraft zu besinnen und das europäische System der Strompreisfindung

in Frage zu stellen.

Bis noch vor wenigen Wochen waren die meisten französischen Energiepolitiker noch kleinlaut gegenüber ihren deutschen Kollegen, denn die winterliche Elektrizitätsversorgung Frankreichs hing wegen des reparaturbedingten Stillstands von etwa der Hälfte der französischen Kernkraftwerke an einem seidenen Faden. Hätte über die Weihnachtszeit und zu Beginn des neuen Jahres in Westeuropa nicht eine so milde Witterung geherrscht, hätte es in Frankreich leicht zu einem Blackout kommen können. In Frankreich sank der Stromverbrauch in den letzten vier Wochen um über 8 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019. Inzwischen sind etwa drei Viertel der französischen KKW dank ausländischer Unterstützung bei den Revisions- und Reparaturarbeiten wieder am Netz. Deren Stromeinspeisung liegt nach Angabe des Netzbetreibers RTE zurzeit bei 67 Prozent der Gesamtkapazität. Das verschaffte EDF sogar den Spielraum, um einen der vier Reaktoren im südfranzösischen KKW Tricastin vorübergehend stillzulegen.

La production nucléaire est à 67% de ses capacités maximales

Au 16 janvier 2023. Production moyenne quotidienne, en GW



En moyenne glissante sur 7 jours
Source : RTE. Crédits : franceinfo

Ende Januar werden die wegen Korrosionsproblemen abgeschalteten großen Kernreaktoren Civaux 1 und Chooz 2 ihren Betrieb wieder aufnehmen. Doch damit wird sich die Versorgungssituation in Frankreich nur für kurze Zeit entspannen. Schon Ende Februar wird die verfügbare französische Nuklearkapazität wieder unter 40 GW sinken, weil das begonnene

umfangreiche Wartungs- und Ertüchtigungsprogramm, das im vergangenen Jahr zu bedenklichen Versorgungsengpässen geführt hat, in diesem Jahr fortgesetzt wird. Dieses beginnt mit der Abschaltung von gleich 9 Kernreaktoren.

Während Frankreich über das ganze Jahr 2022 Elektrizität aus Deutschland importieren musste, wofür eigens ein neues Gesetz verabschiedet wurde, ist das Land Anfang 2023 wieder zum Stromexportland geworden. Stolz meldet Thomas Veyrenc, der für Strategie zuständige Direktor von RTE, seit Anfang Januar 2023 habe Frankreich etwa 2 TWh exportiert. Er „vergaß“ allerdings darauf hinzuweisen, dass dieser Export Frankreich kaum etwas einbrachte, weil er in einer Periode mit starkem Wind und dem entsprechend niedrigen Strompreisen nahe Null Euro erfolgte.

Ob Macrons Minister wirklich den Mut aufbringen werden, beim Merit-Order-System die offene Konfrontation mit Berlin zu riskieren, bleibt fraglich. Immerhin sind die spanische und die portugiesische Links-Regierung dieses Risiko eingegangen, ohne dass etwas passierte. Die beiden Länder hinter den Pyrenäen sind allerdings weniger stark mit Deutschland vernetzt als Frankreich. Dem steht in Frankreich nicht nur das seit längerem sehr aktive und direkt im Zentrum der politischen Macht angesiedelte „Office franco-allemand pour la transition énergétique (OFATE)“ (Deutsch-französisches Büro für die Energiewende), sondern auch die unverbesserliche „Germanolâtrie“ Emmanuel Macrons entgegen. Ohnehin wird es in Frankreich in den kommenden Wochen relativ still werden um das Thema Energiepreiskrise, weil sich alles um den mit Millionen-Demos begonnenen Kampf der linken Gewerkschaften gegen Macrons (moderate) Rentenreform drehen wird.

Der Gasalarm – Warum hält die Regierung daran fest?

geschrieben von Admin | 20. Januar 2023

Die immer wieder gestellte Frage, ob die Energiepolitik unserer Regierung auf Dilettantismus, Ratlosigkeit und Aktionismus beruht oder ob ein raffiniert ausgeklügelter großer Plan dahinter steht, lässt sich nicht eindeutig beantworten. In jedem Fall spielen Ideologie, Lobbyismus, Geld und Macht eine große Rolle.

Von Frank Hennig

Am 23. Juni 2022 gab es den Gasalarm. Grund waren die Befürchtungen vor

einer drohenden Gasmangellage. Die Gefahr ist zunächst gebannt. Den Alarm gibt es weiter.

Unter großer medialer Beachtung wurde im vergangenen Sommer der Gasalarm ausgerufen. Nicht der ganz große, der Notfall, sondern die im „Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland“ (basierend auf der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010) festgelegte Stufe b:

„b) Alarmstufe: Es liegt eine Störung der Gasversorgung oder eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas vor, die zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage führt, der Markt ist aber noch in der Lage, diese Störung oder Nachfrage zu bewältigen, ohne dass nicht marktbasierende Maßnahmen ergriffen werden müssen.“

Damals waren die Speicher nur zu 58 Prozent gefüllt, wann LNG-Terminals fertig sein würden und ob dann Tanker anlegen würden, wusste zu dieser Zeit niemand. Auch nicht, ob das Sparverhalten der Bevölkerung den Forderungen entspricht und ob die Industrie voll weiter produziert oder eher runterfährt. Auch das Wetter im jetzigen Winter war unbekannt, trotz behaupteter Erderhitzung hielt man Frost für möglich. Der Weihnachtswünsche des Klimaministers Habeck gab es eigentlich nur zwei: eine sparsame Bevölkerung und mildes Wetter.

Damals und heute

Beides ist nun, mehr oder weniger, eingetreten. Und natürlich war die Regierung nicht untätig. Viele Flugmeilen der Regierungsstaffel führten nach Katar, Kanada und Namibia, um nur einige Stationen zu nennen. Dort gab es den Kotau vor den Repräsentanten möglicher künftiger Lieferländer für verflüssigtes Erdgas (LNG) und noch künftigerer Lieferungen von grünem Wasserstoff.

Die Erkenntnis nebenbei ist, dass die Frackingtechnologie im Ausland vertretbar und akzeptabel ist, in Deutschland aber nicht. Ebenso spielte die Tatsache keine Rolle, dass die Emissionen des LNG insgesamt das Niveau der deutschen Kohle erreichen. Das weiß sogar ein Grüner wie der klimavorreitende ehemalige Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell.

Weiterhin gab es ein Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz (EKBG), es wurden Kraftwerke aus der Sicherheitsbereitschaft (Braunkohle) und solche, die bereits den Zuschlag zur Stilllegung bekommen hatten (Steinkohle), wieder aktiviert. Nie gekannte Strompreise am Markt machten den Aufwand der Unternehmen zur Reaktivierung lässig wett.

Eine dreieinhalbmonatige Laufzeitverlängerung der letzten drei verbliebenen Kernkraftwerke (KKW) blieb einem Machtwörtchen des Kanzlers vorbehalten. Dieses war sorgsam mit der grünen Führung austariert hinsichtlich der Frage, was man der grasfarbenen Basis und den Altkommunisten unter den Funktionären zumuten kann.

Die Verstaatlichung des Gaskonzerns Uniper ist vollzogen (in Finnland knallten die Champagnerkorken), er wird jetzt mit Steuergeld zwangsbeatmet ob seiner immensen Verluste, liefert aber weiter Gas.

Die Industrie fuhr aus wirtschaftlichen Gründen die Produktion teilweise zurück, die Bevölkerung sparte heftig, weniger aus Folgsamkeit, sondern durch den immensen Preisdruck. Die Drohung der Gasumlage drehte sich über Nacht um 180 Grad zur Gaspreisbremse. Dann kam ein milder Herbst und von Weihnachten bis mindestens Mitte Januar mildes und windiges Wetter.

Die Gasspeicher sind nun immer noch zu über 90 Prozent gefüllt, zwei LNG-Terminals sind in Betrieb und vor Westeuropa stauen sich die LNG-Tanker. Der Gaspreis hat fast das Vorkriegsniveau wieder erreicht. Es gibt derzeit keinen Mangel an Gas, die Versorgungslage ist nicht gestört, sondern entgegen den Erwartungen außerordentlich entspannt.

Die nicht gestellte Frage

Den Gasalarm gibt es immer noch. Warum? Und warum stellt niemand diese Frage? Weder die anderen Ampelparteien noch die Opposition haken nach. Die Medien auch nicht, obwohl sie doch die kritische Begleitung sein sollen. Hier wird deutlich, warum es bei uns kein „Miniwahr“ zu geben braucht. Wir erinnern uns an das „Ministerium für Wahrheit“ aus Orwells „1984“, in dem Geschichte umgeschrieben wurde, damit sie zur Gegenwart passt. Die ach so investigativen Journalisten der „Qualitätsmedien“ vergessen einfach die Geschichte, selbst die von vor einem halben Jahr und fragen nicht nach. Es könnte die Bevölkerung verunsichern. Es könnte die Regierung verunsichern. Noch schlimmer: Es könnte das Vertrauensverhältnis der Medien zur Regierung verunsichern.

Das Festhalten am Gasalarm könnte symptomatisch sein für eine überforderte Bundesregierung, die ihre eigenen und die EU-Spielregeln nicht mehr überblickt. Es könnte auch Absicht sein, denn wem nutzt es?

Der Paragraph 31k des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) enthält eine Klausel, die im Falle dieser ausgerufenen Notfallstufe festgelegte Einschränkungen des Betriebs von Windkraftanlagen aufhebt. So kann die Abschaltung zu Nachtzeiten oder zur Vermeidung von Schattenwurf entfallen. Mit Aufheben der Alarmstufe würde der Normalbetrieb nach Genehmigungsbescheid wieder einsetzen, Produktion und Gewinn würden wieder sinken. Da die energiepolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre immer im Sinne der Erneuerbaren-Branche erfolgten, würde dies das Festhalten am Gasalarm zwecks Gewinnsteigerung der Windkraftbetreiber

erklären.

Idealerweise Krieg

An anderer Stelle sind die Grünen deutlich flexibler. Auch wenn eine Kohlekommission über zwei Jahre tagte und sie ein Ausstiegsgesetz mit Zieltermin 2038 beschlossen, hat das nicht viel zu bedeuten. Keine drei Jahre nach dem Beschluss wird kräftig dagegen angearbeitet. Die Klausel im Koalitionsvertrag, wonach ein Kohleausstieg „idealerweise“ auf 2030 vorgezogen werden kann, wird nun mit Verve verfolgt.

Fassen wir die gerade herrschenden Bedingungen zusammen: Es gibt eine Gasmangellage, jedenfalls den Alarm, es ist Krieg in Europa – das größte Land hat das zweitgrößte überfallen –, wir haben eine latente Strommangellage, erkennbar an noch nie gesehenen Börsenpreisen, es herrscht Inflation und der Atomausstieg geht weiter. Der im Kohleausstiegsgesetz vorgeschriebene Zwischenbericht zum Stand des Kohleausstiegs ist überfällig, man hat entweder keinen Überblick oder will die Rückschritte beim Kohleausstieg nicht eingestehen. Aus grüner Sicht sind die Bedingungen aber so „ideal“, dass man den Kohleausstieg nun auf 2030 vorziehen könne.

Wenn dann schon ein Kompromiss entsteht, wie im Fall Lützerath, wird auch das instrumentalisiert. NRW-Umweltminister Krischer fordert im *Deutschlandfunk* die gewalttätige Basis zum Marsch in die Lausitz auf, um dort den Braunkohleausstieg „vorzuziehen“. Was kümmert mich mein Gesetz von gestern?

Auch hier gibt es kaum Echo. Die drei Ministerpräsidenten der Ost-Kohleländer und einige Landräte wiesen das Vorziehen des Termins zurück. Von ihren Parteien, den Gewerkschaften und Medien gibt es nichts als dröhnendes Schweigen zu der offen versuchten Aushebelung eines lange beratenen Gesetzes. Wie in NRW soll die Kohle eher raus, ohne das dazugehörige Strukturstärkungsgesetz, das den Ausstieg wirtschaftlich und sozial begleitet, zu ändern. Das Land wird nicht bedroht von den Grünen, sondern von jenen, die ihre Politik zulassen.

Die Folgerung aus der bigotten grünen Politik kann nur lauten, ihren Zusagen und selbst Unterschriften nicht zu trauen. Kompromisse mit ihnen sind wertlos. Sie maßen sich an, „fürs Klima“ alle anderen Regelungen über den Haufen werfen zu können und sich wie ihr militantes Fußvolk nicht an bestehende Gesetze und Regelungen halten zu müssen. „Dem Klima“ helfen Gasalarm und LNG wie auch die Grünen nicht – im Gegenteil.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

AKW-Laufzeitverlängerung in Belgien – 10 Jahre statt dreieinhalb Monate

geschrieben von Admin | 20. Januar 2023

von Manfred Haferburg

Belgien verzichtet auf den Atomausstieg, und in unseren Nachbarstaaten sollen bis 2035 vierzehn neue Kernkraftwerke in unmittelbarer Nachbarschaft zu Deutschland entstehen – zusätzlich zu den schon bestehenden Kernkraftwerken. Deutschland bleibt stur beim Ausstieg und vernichtet auch das gesamte Know-how.

Die Vernunft hat gesiegt, natürlich anderswo als in Deutschland. In Belgien erfolgt nun auch der Ausstieg vom Ausstieg. Die belgische Regierung hat eine Laufzeitverlängerung von zwei Kernkraftwerken um 10 Jahre beschlossen. Es handelt sich um die Reaktorblöcke Doel 4 und Tihange 3. Die Einigung sei wichtig, sagte Ministerpräsident Alexander De Croo, *„weil sie dazu beiträgt, unsere Versorgungssicherheit in den nächsten Jahren zu garantieren“*. Man übe künftig die Kontrolle über den in Belgien produzierten Strom aus, *„und die Atomenergie ist im Allgemeinen günstiger als Gas“*. Um die Kraftwerke für die Laufzeitverlängerung fitzumachen, werden sie aufwändig nachgerüstet. Der Betreiberkonzern Engie hat dafür 15 Milliarden Euro zurückgestellt. Der belgische Staat beteiligt sich zu 50 Prozent an der Betreibergesellschaft.

Damit schließt sich Belgien der Reihe der Nachbarländer Deutschlands an, denen die Versorgungssicherheit ihrer Bevölkerung mit Strom und bezahlbare Energiepreise wichtiger sind als grünideologische Technologiefeindlichkeit.

Frankreich wird in den nächsten Jahren sechs neue Kernkraftwerke bauen, die zu den 56 schon bestehenden Reaktoren hinzukommen.

Die Niederlande planen den Bau von zwei neuen Kernkraftwerken. Um den Erhalt des Wissens zu gewährleisten, wird das alte KKW in Borssele weiterbetrieben. Dort sollen die neuen Reaktorblöcke auch entstehen.

Polen hat den Bau von drei Kernreaktoren vom Typ AP1000 beschlossen und steigt damit neu in die Kernenergie ein. Der weitere Ausbau von sechs neuen Kernreaktoren APR1400 ist in Vorbereitung. Polen will damit weg von der Kohle zur umweltfreundlichen Kernenergie kommen.

Tschechien plant den Bau von drei neuen Kernkraftwerken zu den bestehenden in Dukovany und Temelin. Damit will Tschechien unabhängiger

von Kohle und Erdgas werden. Es sollen koreanische oder französische Reaktoren gebaut werden, keine chinesischen oder russischen.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

„Frau Merkel hat diesem Land meiner Meinung nach unermesslichen Schaden zugefügt und sollte dafür zur Verantwortung gezogen werden.“

geschrieben von Admin | 20. Januar 2023

Ein Interview des Krautzone Herausgebers Florian Müller mit Michael Limburg VP EIKE. (erschieden im Dezemberheft 2022)

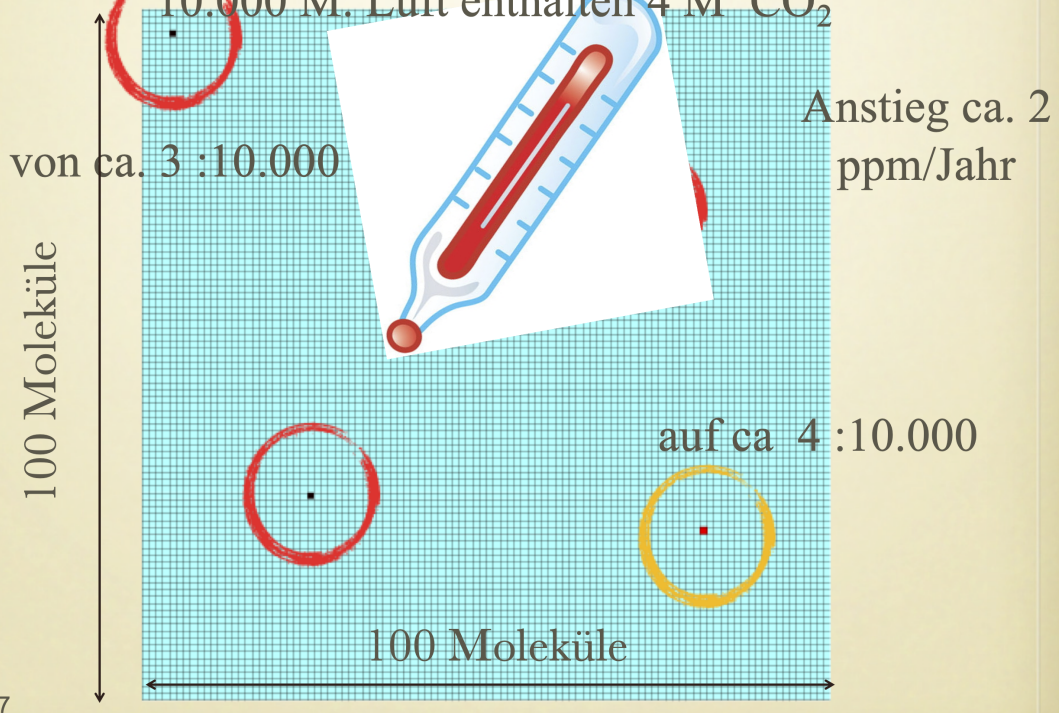
1. Herr Limburg, was war für Sie in den 2000er Jahren der ausschlaggebende Grund, sich mit CO₂, Weltklima und Energiepolitik zu befassen? Die Erzählungen von Waldsterben, saurem Regen und Ozonlöchern gibt es doch schon länger?

Antwort: Zunächst mal hatte ich nach meinem Früh-Renteneintritt sehr viel mehr freie Zeit als während meiner beruflichen Zeit. Und immer schon ein gewisses Misstrauen gegen „wissenschaftlich“ untermauerte Hypothesen, deren Zweck nicht unbedingt darin bestand, wissenschaftliche offene Fragen zu klären, sondern sie zu benutzen, um die Menschen zu anderem, den Verkündern genehmen, Verhalten zu veranlassen.



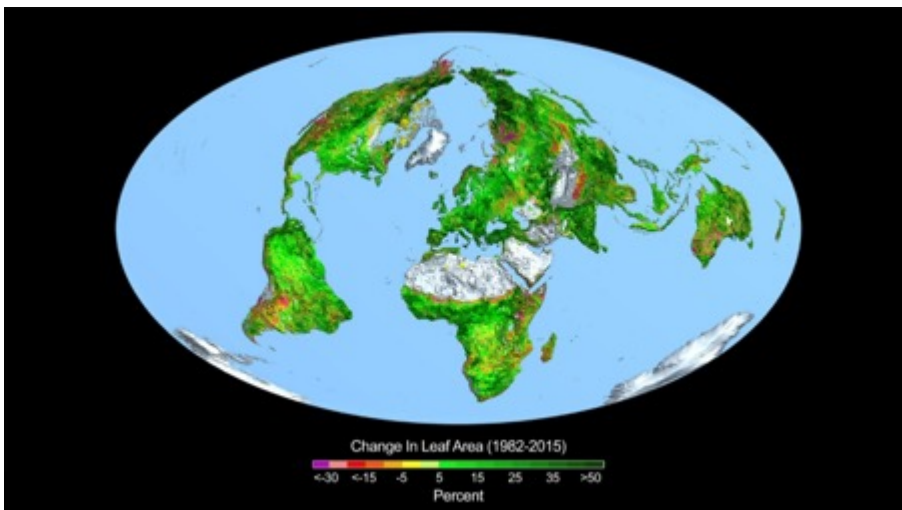
Europäisches Institut für Klima und Energie e.V.

CO₂ Konzentration heute 0,041 %
10.000 M. Luft enthalten 4 M CO₂



CO₂ Zuwachs seit 1880 1 Molekül CO₂ auf 10.000 Moleküle Luft

Ähnlichkeiten mit dem „wissenschaftlich“ begründeten Marxismus-Leninismus waren schon damals, zumindest in Ansätzen, für mich erkennbar. Ausgelöst vor allem durch mein Wissen aus dem Studium, das CO₂ ein Spurengas ist, also nur in Spuren – damals ca. 0.035 Vol% – in der Atmosphäre vorkommt, dazu noch chemisch sehr träge reagiert, aber gleichzeitig die Pflanzennahrung per se ist, (die gesamte Biomasse unseres Planeten besteht aus dem C des CO₂) misstraute ich, allein durch das schiere Missverhältnis der Massen des CO₂ zu der im Vergleich riesigen Masse Atmosphäre, diesen Behauptungen.



Dieses Misstrauen führte zu intensiver Recherche über die behaupteten Phänomene wie Treibhauseffekt und daraus abgeleitet einer gefährliche Erderwärmung, die sich aber – und das war der Aha Effekt – bezogen auf die Mitteltemperaturen der Klimazonen nur im unteren einstelligen Prozentbereich hielt. Was an einer Rückerwärmung um wenige 1 bis 2 Kelvin, und das nach dem Ende der kleinen Eiszeit, gefährlich sein sollte erschließt sich mir bis heute nicht. Schließlich komme ich gerade von Teneriffa zurück, wo die vielen Touristen das schöne warme Wetter von bis zu 33 ° C genießen, in ein Land bei dem es nicht wärmer wurde als max + 2°C. Und alle fühlen sich wohl!

1. Glaubt man dem IPCC und den Mainstreammedien, sind sich nahezu 100 Prozent der Wissenschaftler darüber einig, dass CO₂ einen Effekt auf das Weltklima – oder die Weltdurchschnittstemperatur hat. Für einen Laien sind weder die physikalischen Argumente dafür noch die Argumente dagegen, wirklich nachvollziehbar. Wie kommen Sie zu dem Schluss, dass alle diese Wissenschaftler falsch liegen und CO₂ keinen Einfluss auf das Weltklima hat?

Antwort: Zunächst mal ist das keine wissenschaftliche Frage, sondern eine politische. Und außerdem weiß niemand, was „nahezu 100 Prozent der Wissenschaftler“ denken oder meinen. Denn niemand hat sie gezählt und niemand hat sie befragt. Das geht auch gar nicht. Was Sie meinen sind sog. Meta-Studien, die sich anheischig machen, eine große Anzahl von Studien, die sich mit Klimathemen beschäftigen, daraufhin untersucht zu haben, welche Meinung die Autoren in diesen Studien vertreten haben. Bspw. hätten sie prüfen müssen ob sie den Klimawandel für gar nicht, ein wenig, mittel oder vollständig anthropogen induziert hielten. Das hat aber keine dieser Metastudien getan, sondern nach sehr undurchsichtigen Suchkriterien die einbezogenen papers aussortiert oder einbezogen. Dies Meta-Studien sind dann allesamt widerlegt worden, doch es würde hier zu weit führen die Einzelnachweise zu führen. Rufen Sie mal den Suchbegriff „Cook-Studie“ bei EIKE auf, da finden Sie alle Details. Den Vogel schoss aber eine gewisser James Powell ab, der angab rd. 50.000 (!) Studien untersucht zu haben, und 99,84 % dieser Studien würden der These zustimmen, dass der Mensch den Klimawandel verursacht hätte. Das hat sogar die vorige Bundesregierung geglaubt und in einer kleinen Anfrage zum Thema so behauptet. Schaut man sich diese Powell-Studie jedoch an, dann hat der die Abstracts (Zusammenfassungen) der papers nur darauf durchsucht, ob darin das Wort „reject“ also „zurückweisen“ vorkommt. Das kam aber nur bei 0,16 % der von ihm nach ähnlichen Kriterien ausgesuchten Studien vor. Daraus schloss er messerscharf, dass die Autoren der 99,84 % Studien mit ihm der Meinung seien der Mensch sei am Klimawandel schuld, obwohl er kein Wort davon gelesen hatte. Diese Art von Argumentation zeigt deutlich, dass wir es nur mit Ideologie zu tun haben und nicht mit Wissenschaft.

Ein weiterer Aspekt ist, dass ein einziger Gegenbeweis, eine noch so schöne Theorie zu Fall bringen kann, was bspw. Alfred Wegner mit seiner Kontinentalverschiebungstheorie gelang, aber auch erst, nachdem er

verspottet und verbittert verstorben war. Oder denken sie an die „Wissenschaft“ von der Eugenik, die alle im 19. und bis weit ins 20. Jhh. Für echte Wissenschaft hielten. Also, kurz gesagt, das Mehrheitsprinzip gilt bei echter Wissenschaft nicht. Wer es verwendet, will betrügen.

Wenn jemand also behauptet, dass das CO₂ einen Einfluss auf das „Weltklima“ – ein Begriff, den es physikalisch meteorologisch nicht mal gibt- der muss handfeste Beweise dafür vorlegen. Und dazu entsprechend seiner Hypothese die Klimazukunft auch hinreichend präzise vorhersagen können. Beides ist diesen Leuten trotz über 30 jähriger Forschung, unterstützt mit vielen Milliarden an Kosten, bisher nicht mal im Ansatz gelungen.

1. Auch wenn es keinen „Klimakonsens“ gibt; wie erklären Sie sich, dass doch die überwiegende Meinung der Wissenschaftler der Meinung sind, dass (menschengemachtes) CO₂ einen Einfluss auf das Weltklima hat?

Antwort: Das müssen Sie die beteiligten Wissenschaftler fragen. Ich kann nur feststellen, dass bspw. bei Vorträgen die ein Herr Prof. Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) hielt, dieser immer – meiner Erinnerung nach- nur wenige positive Korrelationen – und das auch nur über vglw. kurze Zeiten- zwischen den Zeitreihen der CO₂ Konzentration und der globalen Mitteltemperatur zeigte, ansonsten aber jedes Extremwetter mit seinen z.T. schrecklichen Folgen, dem nun von ihm „nachgewiesenen“ menschengemachten Klimawandel in die Schuhe schob. Das schien seine ganze Beweisführung zu sein, neben der Darstellung der Tatsache, dass das Spurengas CO₂ in sehr engen Grenzen und Mengen in der Lage ist Infrarotstrahlung bestimmter enger Wellenlänge zu absorbieren und zu reemitieren. Das war alles.

Seit der Kindererzählung mit den Störchen, welche die Babys bringen, und weil leicht nachzuprüfen ist, dass sowohl die Zahl der Störche über der Zeit wie auch die Zahl der Babys eng korreliert sind, wissen wir aber, dass Korrelationen und seien sie noch so eng, keine Ursache-Wirkungsbeziehung belegen, sondern bestenfalls ein Hinweis auf eine solche sind. Und auch die Infraroteigenschaft des CO₂ belegt in keiner Weise seine Fähigkeit – sozusagen aus dem Nichts – die Erde zu erwärmen. Allein mit dem Hinweis auf Korrelationen und diese Infraroteigenschaft, würde also ein Wissenschaftler seine unwissenden Mitbürger betrügen, denn er weiß es besser. Wasserdampf hat übrigens ähnliche Eigenschaften wie CO₂ und ist 100 x mehr in der Atmosphäre vorhanden, der steht aber nicht im Fokus unserer Bemühungen.

1. Die heißesten Jahre in der Geschichte der Wetteraufzeichnung liegen alle in der jüngeren Vergangenheit. Zudem läuft die momentane Erderwärmung deutlich schneller ab, als bei früheren (mittelalterliches Klimaoptimum, Römische Warmzeit) Wärmeperioden. Sind das für Sie keine validen Argumente für den menschengemachten Klimawandel?

Antwort: Schon die Wortwahl ihrer Frage impliziert Tatsachenbehauptungen, die nicht stimmen. Den Begriff „heiß“ bspw. gibt es in der Physik nicht, es gibt bloß mehr oder weniger warm. Heiß ist nur gewollte, bestimmte Gefühle erzeugen sollende, Semantik. Wenn Sie aber meinen, dies seien die wärmsten Jahre gewesen, dann muss ich Ihnen sagen, dass wir das nicht wissen.



Temperaturänderung Grönland – 15.000 Jahre Quelle EOLOGIC
EVIDENCE OF THE CAUSE OF GLOBAL WARMING AND COOLING—ARE
WE HEADING FOR GLOBAL CATASTROPHY?

Zumindest bei den ältesten Aufzeichnungen bspw. für Berlin, die geht 300 Jahre zurück, stimmt das nicht. Davon haben wir aber nur eine Handvoll und auch nur für Mitteleuropa. Für die ganze Welt haben wir schlicht keine genaue Kenntnis darüber, wie früher dort die Temperaturen waren. Was wir haben, sind sogenannte Proxies, also indirekte Bestimmung der jeweiligen lokalen Temperaturen. Und die zeigen bspw. von Grönland, dass dort in den letzten 12.000 Jahren, die Temperaturen um mehrere Grad in wenigen Jahrzehnten schwankten, und das ganz ohne Menschen. Ein Zustand, von dem wir meilenweit entfernt sind, wie Sie sicher auch wissen.

1. Kommen wir zum eigentlichen Thema der Ausgabe: Energie. Wenn man nicht von einem Effekt von CO₂ auf das Weltklima ausgeht: Welche Energieträger und -erzeugung favorisieren Sie? Wie sollte aus Ihrer Sicht – als Energieberater einer Bundesregierung – der Gesamtenergiemix und der Strommix in Deutschland aussehen?

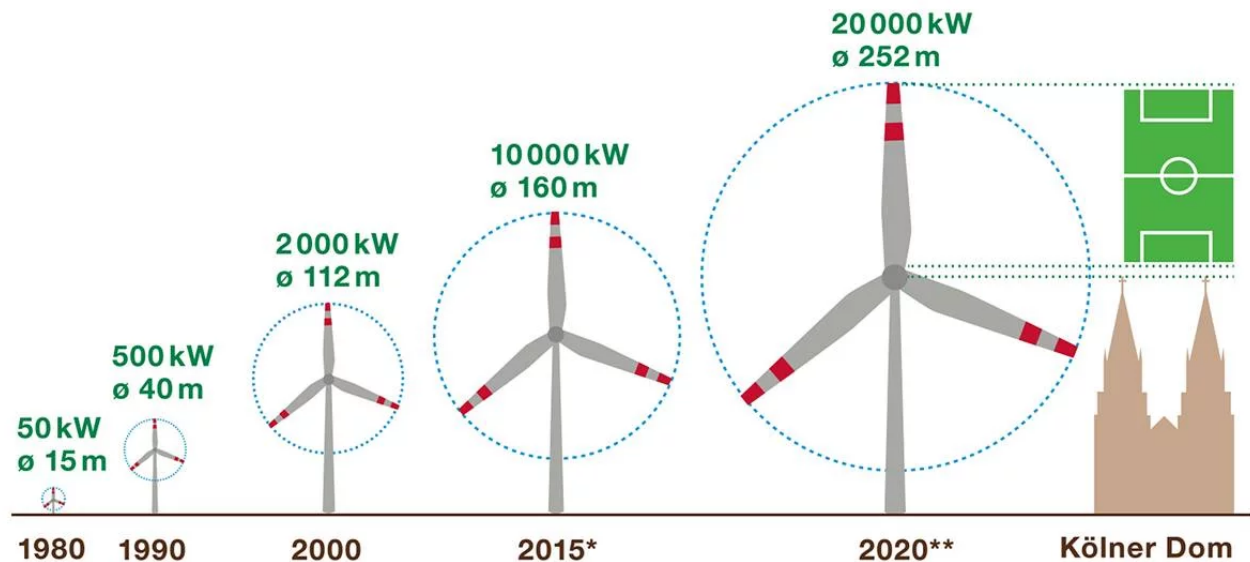
Antwort: Wir sollten, nein wir müssen, zum Energiemix ante zurückgehen, d.h. wie er war bevor das extrem teure Abenteuer mit den völlig unbrauchbaren sog. Erneuerbaren gestartet wurde. Jede Nation, besonders aber erfolgreiche Industrienationen leben von der jederzeitigen Verfügbarkeit von billiger Energie. Die kann nur aus fossilen und Kernenergieträgern bereitgestellt werden, in geringem Umfang auch durch die Nutzung der Wasserkraft. Aber die ist in unserem Land aus topologisch- geographischen Gründen sehr begrenzt.

1. Lehnen Sie Erneuerbare Energien per se ab? Oder können Sie sich vorstellen, dass beispielsweise Photovoltaik, Geothermie, Biomasse oder Windkraftanlagen irgendwann technologisch so effizient werden, dass man ohne wirtschaftlichen Schaden aus den fossilen Energieträgern aussteigen kann?

Antwort: Ich lehne nichts ab, was besser ist, als das zu Ersetzende. Das Bessere ist der Feind des Guten, sagt zu Recht der Volksmund. Die von Ihnen genannten Energieträger haben allesamt den großen Nachteil der extrem geringen Leistungsdichte, was riesengroße Sammler bedingt, und – bis auf die Biomasse und in sehr geringem Umfang die Geothermie- auch

ihr unstetes Dargebot.

Windkraftanlagen werden immer größer und leistungsfähiger



* Industry trends & source: EWEA Upwind

** EWEA Upwind 2011: eine Studie der europäischen Wind Energy Association

© Infografik BASF

Fächenbedarf WKA Grafik: BASF

Beides lässt sich nicht ändern, sondern muss durch sehr aufwendige und daher dauerhaft teure technische Einrichtungen – und das mehr schlecht als recht – nachträglich erzeugt werden. Das kann für Halligen, Boote oder andere Inselösungen vorübergehend akzeptabel sein, ist es aber nicht für die dauerhafte Versorgung eines Industrielandes. Das wissen übrigens auch die Grün-Linken ganz genau, schauen Sie sich nur das neue Buch von Ulrike Hermann von der taz dazu an.

Daher muss jeder ehrliche Fachmann diese Energieträger ablehnen, sie schaden aber nützen nicht. Der Schaden des Ausstiegs aus den fossilen Energieträgern ist enorm hoch, vermutlich auch irreparabel, aber dem steht keinerlei Nutzen gegenüber. Nicht mal für den imaginären „Klimawandel“.

1. Deutschland ist – neben der Schweiz und Belgien – das einzige größere Land in Europa, dass der Kernkraft den Rücken kehren will. Was glauben Sie, waren die wahren Beweggründe von Frau Merkel, die Gunst der Stunde (Fukushima) zu nutzen und aus der Kernkraft auszusteigen? Oder glaubte sie wirklich an ein Seebeben-Risiko in Deutschland?

Antwort: Es ist nicht nur meine Meinung, dass es Frau Merkel vor allem darauf ankam die Landtagswahl in BW nicht zu verlieren. Dafür hat sie völlig skrupellos die sichersten Kernkraftwerke der Welt geopfert. Die Sache mit dem Seebeben hat sie frei erfunden, ebenso wie sie verschwieg, dass beim Unglück in Fukushima, kein einziger Mensch durch Strahlung zu Schaden kam, aber knapp 1000 die überstürzte und unnötige Evakuierung nicht überlebten. Frau Merkel hat diesem Land m.M.n. unermesslichen Schaden zugefügt und sollte dafür zur Verantwortung gezogen werden. Je früher desto besser.

1. Thema „Blackout“: Man hört mittlerweile Aussagen in den Medien, die von „Blackouts kann man ausschließen“ bis zu „Wir werden längere Zeit keinen Strom haben“ reichen. Wie schätzen Sie das Blackout-Risiko in Deutschland ein? Und stehen wir wirklich schlechter als unsere Nachbarn da? Frankreich baut auf Kernkraft – könnte aber ebenfalls enorme Probleme bekommen.

Antwort: Das Risiko ist sehr hoch und steigt mit jedem Tag, jeder neuen Windkraftanlage, jeder PV Anlage weiter an. Es steigt auch an, weil wir sichere, gut regelbare konventionelle Kraftwerke abschalten. Das zeigt sich insbesondere an der dramatischen Zunahme der sog. Redispatch Maßnahmen, also Maßnahmen der Netzbetreiber durch Zu- oder Abschalten konventioneller Kraftwerke, die von den überwiegend von den „Erneuerbaren“ ausgelösten Schwankungen des Angebotes der Nachfrage anzupassen. Das muss innerhalb weniger Sekunden passieren. Lag deren Zahl noch im ersten Jahrzehnt d. Jhh bei 3 bis 10 pro Jahr, so sind wir in diesem Jahr schon bei knapp 40, aber pro Tag. Das ist eine Steigerung um das 1350 fache. Das kann und wird nicht gut gehen, das weiß jeder Fachmann.

1. Das wohl größte Reizthema bei der „Energiewende“ – neben der Atomkraft – sind Windräder. Warum handelt es sich dabei aus Ihrer Sicht um die vermutlich schlechteste Form der Energieerzeugung?

Antwort: Sie ist aus physikalischen nicht änderbaren Gründen, (geringe Leistungsdichte) teuer, liefert nicht dann Strom, wann man ihn braucht, sondern wenn der Wind weht, und verschandelt in Riesenmaßstab die Umwelt. Falls diese Gründe Ihnen noch nicht reichen, kann ich gerne noch mehr nennen.

1. Auch wenn die Erneuerbaren Energien teuer und ineffizient sind, haben Sie den Vorteil, dass sie Deutschland ein hohes Maß an Energieautarkie sichern, da wir durch sie nicht mehr oder zumindest weniger auf Importe angewiesen sind. Wie stehen Sie zu diesem „Krisenargument“?

Antwort: Tut mir leid, aber dieser Glaube an Verbesserung der Energieautarkie ist durch nichts gerechtfertigt. Das fängt schon bei der Herstellung an, wo wir bei den Grund- und immer mehr auch bei den Fertigstoffen, bis auf evtl. das Beton, nur wenig aus eigener Produktion

beitragen können.



Fundament der 3.5 MW Vestas Anlage, Hintergrund KKW Grohnde, Bild Stephan Stallmann

Außerdem brauchen alle diese Anlagen ein Backup-Kraftwerk, welches mit Gas betrieben wird. Gas was wir nicht haben, wohl aber haben könnten, wenn wir die Riesenmengen Schiefer- und Flözgas fördern würden, die in unserem Boden liegen. Wenn wir das täten, könnten wir aber viel besser diesen Schatz direkt verstromen und oder verheizen, dass würde wirklich unsere Energieautarkie verbessern.

1. Die meisten Länder der Welt bauen mehr und mehr auf Kernkraft, einige Staaten forschen längst an neuen Reaktortypen. Wie wird sich die Kernkraft Ihrer Meinung nach entwickeln? Wird der Strom tatsächlich irgendwann spottbillig sein und kaum mehr „Atommüll“ übrigbleiben? Oder sind das bislang Hirngespinnste von Utopisten?

Antwort. Zumindest die Aussichten dafür sind exzellent. Sowohl was die Verfügbarkeit von Strom, zu günstigen Preisen, aber auch billige Prozesswärme angeht. Hirngespinnste sind es nicht, ebensowenig was die Weiterentwicklung der bisherigen Druckwasserreaktoren anbelangt. Ich bin da sehr zuversichtlich, allerdings nicht mehr für dieses Land.

1. Wir fragen alle unsere Gesprächspartner abschließend nach einem Ausblick in die Zukunft: Wie sehen Sie Deutschlands energetische Zukunft in den nächsten zehn oder 20 Jahren?

Antwort: Mit der geringen Hoffnung, dass ich mich irre, sehe ich die nähere Zukunft für Deutschland in sehr trüben Licht. Und das nicht nur in energetischer Hinsicht. Wir haben auf allen Gebieten unsere Konkurrenzfähigkeit eingebüßt, Arbeitsethik und Arbeitsmoral sowie Bildung in weiten Kreisen verloren, bzw. abgebaut. Der Abbau der Kernkraft-, Halbleiter- und jüngst auch das Verbrennertechnik, um nur einige zu nennen, hat seine schlimmen Auswirkungen noch gar nicht richtig gezeigt. Das kommt erst noch. Bei Reisen durch Europa, aber insbesondere Deutschland kommt mir immer mehr vor wie in einem Museum. Dazu belastet mit sehr, sehr hohen Schulden, die auf die Schultern der kommenden Generationen aufgeladen wurden. Und es werden immer mehr. Die müssen sie aber zurückzahlen.

Was wir aber können, ist aber uns überall als Moralweltmeister aufzuspielen. Eine Position, die wir aber nicht ausfüllen und die auch niemand leiden kann. Und schon gar nicht als Vorbild anerkennt.

Ich kann also nur hoffen, dass die jetzt 0– 15 jährigen wieder lernen werden in die Hände zu spucken, soviel gute Bildung zu erwerben wie möglich, und hart zu arbeiten, um besser zu sein als ihre Konkurrenten. Vor allem aber, dass sie den Moralisten und Ideologen die uns in dieses Lage gelockt haben, den verdienten Laufpass geben. Und die Verantwortlichen dafür vor Gericht stellen. Lieber heute als morgen.

Vestas WKA brennt bei Losheim

geschrieben von Admin | 20. Januar 2023

von Horst Arlt

Immer wieder bemerkenswert, die Medienberichterstattung nach einem Standardmuster.

Eine Windkraftanlage (WKA) brennt, die Feuerwehr kann nicht löschen und lässt die WKA kontrolliert abbrennen. Ggf. werden noch Straßen und das Gelände um die betroffene WKA gesperrt. Betreiber und Gutachter ermitteln die Brandursache.

Mehr ist nicht zu vernehmen. Aber ist das wirklich so? Dabei gäbe es viel mehr zu hinterfragen. Wir nehmen nun den Brand in Losheim als Beispiel.

Leider zeigen die Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass weder die Betreiber und Behörden, noch die Feuerwehren über nähere Informationen verfügen, was da eigentlich sich in Rauch und Asche auflöst und die daraus resultierenden Gefahren. Deshalb wurden die Gemeinde, die Feuerwehr Losheim und örtlichen Medien mit zusätzlichen Informationen und Hinweisen per Mail in Kenntnis gesetzt.

Laut Herstellerunterlagen VESTAS bestehen die Rotorblätter dieses Anlagentyps V90 unter anderem auch aus Carbonfasern (CFK).

Geklärt werden muss z. Zt. noch, ob die Behörden darüber informiert sind, dass der Verdacht einer Kontamination der Umgebung durch Carbon (CFK) „Fiese Faser“ besteht?

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die unter dem Fachbegriff „Nanotubes“ gesundheitsgefährdenden lungengängigen Faser, großflächig in die Umgebung verteilt worden sind.

In Bezug auf die Gefahrenlage durch verbrannte Carbonfasern, wird auf Unglücke mit Luftfahrzeugen der Bundeswehr in Mecklenburg (Absturz Eurofighter) und Niedersachsen (Hubschrauber) im Jahr 2019 hingewiesen. Die Unglücksmaschinen bestanden ebenfalls zu einem hohen Anteil aus Carbon (CFK).

Zu den Gefahrenhinweisen zählen auch der Bericht zur Großübung bei Faulbauch „Fiese Faser“ der Bundeswehr und Rettungskräfte im April 2019.

Zu bedenken ist, dass gegenüber den Bränden der Luftfahrzeuge, die am Boden stattfanden, der Brand an der WKA in Losheim, sich in Höhen von 100-140 m abspielte. Ferne geht die Gefahr einer Kontamination von den verbliebenen Rotorblattbrandresten aus, bis zur sicheren Bergung.

Vor diesem Hintergrund sollten wichtige Maßnahmen an der Unglücksstelle in Losheim ergriffen werden:

1. Einrichten einer weiträumigen Sperrzone von mindestens 3.000 m.
2. Warnung der Bevölkerung vor Betreten des Geländes, wegen bestehender Kontamination und Gesundheitsgefahren.
3. Warnung der Einsatz- und Bergungskräfte vor Ort, mit Hinweis auf die gefährlichen Eigenschaften der fiesen Fasern bei Kontakt, trotz persönlicher Schutzausrüstung (PSA).
4. Warnung an Servicefirmen die mit Umbau- und Aufräumarbeiten betraut werden. Bei Bergungsarbeiten sind spezielle Schutzausrüstung absolut notwendig und die Arbeiten durch CBRN(E)-Trupps zubegleiten.
5. Ermittlung der Wetterdaten z.B. beim deutschen Wetterdienst (DWD), wie Windrichtung und Windgeschwindigkeit zur Ausbreitungsermittlung der Kontamination durch „fiesen Fasern“, bis einschließlich Wohnbebauung und Grundstücke.
6. Errichtung einer Dekontaminationseinrichtung und Schaffung von Zugangsregeln.
7. Ermittlung der Boden- und Grundwasserbelastung durch qualifizierte Messungen.

8. Ggf. sind Bodenaushub an der Unglückstelle, sowie erweiterten Umfeld zu prüfen und vorzunehmen. Vergleichbar wie an den Unglücksstellen der Luftfahrzeugen 2019.

Unfallliste_immer_aktuell